

Neues Landratsamt in Dieburg „Auf die Allmendländer“? Prüfauftrag zur Entlastung der Wohngebiete

Zur kommenden Stadtverordnetensitzung wird die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Dieburg einen Antrag zur Bewerbung der Stadt um den Sitz der Kreisverwaltung einbringen.

Die bisher vorliegende Bewerbung bietet für den Standort der Kreisverwaltung ausschließlich Flächen im Bereich des geplanten Baugebiets Dieburg Süd an. Die Fraktion der GRÜNEN ist jedoch der Meinung, dass für den zukünftigen Sitz der Kreisverwaltung das Gewerbegebiet „Auf die Allmendländern“ noch besser geeignet wäre.

Vorteile, entsprechend dem Kriterienkatalog, wären die verkehrliche Erschließung durch die direkte Anbindung an den Bahnhof, die B45 und B26 sowie eine Entlastung der Wohngebiete im Süden Dieburgs sowie des Bereichs um die Groß-Umstädter Straße vom motorisierten Individualverkehr. Geplante Parkplätze auf der ehemaligen Bauschuttdeponie könnten mitgenutzt werden. Auch die kurze Entfernung von den „Allmendländern“ zur Innenstadt, zur KFZ – Zulassungsstelle und zum jetzigen Standort des Landkreises in der Albinstraße spricht für diese Fläche.

„Das zu erwartende Verkehrsaufkommen durch Mitarbeitende und Besucher*innen würde neben den Auswirkungen auf die neuen Bewohner*innen des Baugebiets „Dieburg Süd“ auch die angrenzende Wohngebiete belasten, dies wollen wir auf jeden Fall verhindern;“ so die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Dr. Helena Schwaßmann.

„Zudem wäre hier eine größere Bauhöhe möglich, was den zusätzlichen Flächenverbrauch verringert“. Aus Sicht der GRÜNEN bietet das Gebiet eine gute Anbindung an Grün- und

Freiflächen, ein Plus für die zukünftigen Mitarbeitenden.

Aus den genannten Gründen wird die Fraktion einen Antrag bei der nächsten Stadtverordnetenversammlung einbringen, um prüfen zu lassen, ob für den Fall, dass sich der Kreistag für einen neuen Standort der Kreisverwaltung in Dieburg entscheidet, dem Landkreis alternativ auch eine ausreichende Fläche im Gewerbegebiet „Auf den Allmendländern“ angeboten werden kann. Die Entscheidung des Kreistages zu dieser Frage wird noch in diesem Frühjahr erwartet.